

Wir haben Pressefreiheit! Haben wir Pressefreiheit?

Dietrich von der Oelsnitz

Wenn Sie gefragt würden, was „Wahrheit“ ist, dann würden Sie erst einmal in sich gehen. Wer nicht durch eine grundnaive Weltsicht gesegnet ist, dem müsste es jedenfalls so gehen. Die Wahrheit – gibt es so etwas überhaupt?

Journalisten behaupten häufig von sich, sie würden ja nur die Wahrheit bzw. die Realität abbilden. Nicht wenige Journalisten fühlen sich jedoch auch der „Aufklärung“ verpflichtet. Andere meinen gar, sie seien einem höheren Erziehungsziel verpflichtet: den Leser oder die Zuschauerin von einer schlechten/falschen Überzeugung abzubringen und zum Besseren zu bekehren. „Bildungsauftrag“ heißt das im Rundfunkgesetz. Wie wir in diesen aufgeregten Tagen sehen, führt diese Haltung aber leider zu Übertreibungen. Und leider auch zu diversen rhetorischen Tricks, mit denen dem Bürger eine bestimmte Wahrheit nahegebracht werden soll.

Fakten vermischen sich mit Kommentaren, Gerüchte mit Wertungen. Bestimmten Parteien wird ein wertendes Etikett aufgeklebt („populistisch“), anderen bleibt das erspart. Claus Kleber nennt die SPD z.B. nie „linksliberal“.

Als nachdenklicher Nachrichten-Konsument ist man mittlerweile vorsichtig, wenn nicht gar misstrauisch geworden. Man kennt inzwischen die Arbeitsweise der amerikanischen *spin doctors*, derjenigen Kommunikationsexperten, die einer Sache erst den richtigen Dreh zu geben vermögen. So feiert man jetzt die neuen, europaweit geltenden Regeln zur Einlagensicherung bei den Banken. Bis zu 100.000 Euro seien jetzt bei Bankinsolvenzen abgesichert. Toll! Das Dumme nur: In Deutschland war in der Vergangenheit das gesamte Bankguthaben abgesichert. Die scheinbare Erfolgsmeldung entpuppt sich letztlich also als bittere Pille.

Zentral für die Meinungsmacher aller Art ist das sogenannte *wording*, also die Namensgebung, eigentlich die „offizielle“ Sprachregelung. Damit geht in aller Regel eine eindeutige Wertung einher: So sind die einen Freiheitskämpfer (Afghanistan 1980) und die anderen Terroristen (Afghanistan 2000). Die EU bezeichnet einen ihrer gigantischen Subventionstöpfe als „Rettungspaket“ und verniedlicht den mittlerweile zur Regel gewordenen Schuldenerlass für bestimmte Staaten zum „haircut“. Man sieht: *Kaum etwas ist politischer als die Sprache!* Vom englischen Schriftsteller Eric Arthur Blair ist folgender Ausspruch überliefert: „Die politische Sprache wurde erschaffen, um die Lüge

ehrenwert anmuten und Wind als solide erscheinen zu lassen“. Eric Arthur Blair ist besser bekannt unter seinem Pseudonym: George Orwell.

Aber darf die „gute Absicht“ eine offene Informationspolitik ersetzen? Der Medienphilosoph Norbert Bolz hat dazu Anfang des Jahres ein bemerkenswertes Interview gegeben. Darin sagt er: „Wir leben mittlerweile in einem derartigen Einschüchterungsklima, dass wir uns nicht mehr trauen, die einfachsten Sachverhalte naiv auszusprechen. Die Frage der Nationalität (gemeint ist: bei den Asylbewerbern, vdo.) interessiert jeden. Wenn Journalisten diese Frage unterdrücken, machen sie das Gegenteil von Journalismus. Dann machen sie Propaganda.“ Und weiter: „Wenn es aber eine politische Mehrheitsmeinung gibt, die von der politischen Klasse gebildet und von Journalisten unterstützt wird, wäre das keine Demokratie mehr. Dann leben wir in einem Staat, der die Bürger bevormundet. Leider gehen wir in den letzten Jahren immer häufiger den Weg in diesen Paternalismus.“

In der Tat erinnerte so manche TV-Diskussionsrunde oder Johannes B. Kerner-Show eher an inszenierte Freudenfeste und staatlich verordnete Durchhalteparolen. Und auch hier wieder die Sprachregelung: Der Flüchtlingsbegriff wird pauschal auf alle Migrantengruppen angewendet. Dabei wissen wir, dass rund 40% der Asylbewerber vom Balkan stammen, z.T. sogar aus Mitgliedstaaten der EU. Hingegen ist der Begriff „Einwanderer“ über alle Medien hinweg nun tabuisiert – kein Politiker, keine TV-Moderatorin hat diesen früher gebräuchlichen Begriff in den letzten Monaten je verwendet. Aber Meinungsfreiheit wäre auch Sprachfreiheit. Und Sprachfreiheit ist Denkfreiheit!

In Deutschland ist speziell die Pressefreiheit in Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes geregelt: „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Die Bundesverfassung der Schweiz spricht noch grundsätzlicher von *Medienfreiheit*. So weit, so gut. Gleichwohl könnte man angesichts der derzeitigen Entwicklung den Eindruck gewinnen, dass vielleicht keine „offizielle“ Zensur – als von oben verordnete Unterdrückung von Informationen – erfolgt, dafür aber die Selbstzensur blüht, der vorauseilende Gehorsam.

Es wirken offenbar eher informelle Machtbeziehungen. Dies könnte mit der Organisation unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖR) zusammenhängen sowie der Art und Weise, wie dessen Spitzenpersonal ausgewählt wird. Beim ZDF z.B. sitzen im 14 köpfigen Verwaltungsrat mehrere Ministerpräsidenten der Bundesländer. Diese berufen den Programmdirektor wie auch den Chefredakteur – eine heikle Angelegenheit, wie sich 2009 angesichts des Konflikts um den damaligen ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender zeigte, der den Unionsparteien zu unbequem wurde und nicht mehr wiedergewählt wurde.

Diesem Schicksal wollte der aktuelle Intendant des SWR, Peter Boudgoust, offenbar entgehen. SPD und Grüne mochten als Wahlkämpfer eine bestimmte Partei nicht in der gemeinsamen Talkrunde sehen. Mit „zusammengebissenen Zähnen“ fügte sich der Intendant und lud selbige wieder aus. Unerwünschte Parteien? Definiert sich die Demokratie nicht gerade durch den organisierten Austausch widerstreitender Meinungen? Ist es ein Zufall, dass Herr Boudgoust gerade seine dritte Amtszeit anstrebt und für dieses Jahr seine Wiederwahl ansteht? Ein Zufall, dass der Sender gern einen Teil der 1,6 Mrd. Euro hätte, die durch die GEZ-Reform an Mehreinnahmen zu verzeichnen sind? Jedenfalls sind nirgendwo in Europa die Ausgaben pro Einwohner für den ÖR größer als in Deutschland und der Schweiz. In absoluten Zahlen ist Deutschland ohnehin unerreicht – 114 Euro pro Kopf erhalten ARD und ZDF, also über 9 Milliarden Euro im Jahr!

So blüht allerorten die politische Korrektheit, Maulkörbe werden akzeptiert, ein Karnevalszug aus windigen Gründen abgesagt. Im Ergebnis wird die geistige wie sprachliche Toleranz immer kleiner und die Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung immer größer. Dies wird über kurz oder lang zur Entfremdung vieler Bürger von den Meinungsführern in Politik und Medien führen. Die Pressefreiheit existiert noch – aber man muss eben auch den Mut haben, diese zu nutzen. Es fällt schon auf, dass es in unserem Land, das zu Recht stolz auf seine Dichter und Denker sowie auf seine vom Volk erkämpfte Einheit ist, zunehmend nicht mehr darauf ankommt, was jemand sagt, sondern nur noch, wer dieses sagt. Ein anschauliches Beispiel liefert die aktuelle Debatte über die Frage, ob ein Staat seine Grenze im äußersten Notfall mit dem Einsatz von Waffen sichern muss.

Ob uns bestimmte Parteien, Sender, Experten oder Tatsachen nun gefallen oder nicht: Schauen wir den Tugendwächtern aller Couleur kritisch auf die Finger! Meinungskartelle und ein geistiges Einschüchterungsklima passen nicht zu einem freien Land. Und es ist nicht der Auftrag eines Journalisten, das Volk vor der Wahrheit zu schützen. Oder wie es der schon zitierte George Orwell einmal pointierte: „Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.“

Norbert Bolz: „Wer die Frage der Nationalität unterdrückt, macht Propaganda“, in der Wirtschaftswoche Nr. 1/2016; abrufbar unter <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/uebergriffe-in-koeln-gegner-der-gegenwaertigen-fluechtlingspolitik-bekommen-auftrieb/12795942-2.html>

Rainer Stadler: Politische Kontrolle der Staatssender. Der TV-Direktor und seine Wächter, in der Neuen Zürcher Zeitung vom 6.2. 2016; abrufbar unter <http://www.nzz.ch/international/europa/der-tv-direktor-und-seine-waechter-1.18690597>